

## Pressekontakt:

Jascha Engelhardt Tel.: 06131 / 208 3021 Mobil: 0170 / 324 8445

E-Mail: jascha.engelhardt@fdp.landtag.rlp.de

## Die FDP-Fraktion im Internet:

www.fdp-fraktion-rlp.de www.facebook.com/FDP.Fraktion.RLP www.twitter.com/FDPFraktionRLP

## Pressemitteilung

Nr. 19/2021 - Mainz, den 22.07.2021

## Landtagsausschüsse befassen sich mit Flutkatastrophe Philipp Fernis: Menschen können sich unserer Unterstützung sicher sein

Mainz. Der rheinland-pfälzische Landtag hat sich heute im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung mehrerer Ausschüsse mit den Folgen der verheerenden Unwetter- und Flutkatastrophe befasst. Die Landesregierung hat die Abgeordneten umfassend über die aktuelle Lage informiert. Dazu sagt der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Philipp Fernis:

"Das Ausmaß der Flutkatastrophe ist unvorstellbar. Das menschliche Leid und die materiellen Schäden werden uns noch lange begleiten. Unser Dank gilt den vielen tausend Helferinnen und Helfern, die seit einer Woche unermüdlich eine sehr wichtige Arbeit leisten. Die Feuerwehren, die Polizei, die Rettungsdienste, die Seelsorge, das THW und die Bundeswehr leisten angesichts der katastrophalen Umstände beinahe Übermenschliches. Auch die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet hilft dabei, die unmittelbaren Folgen der Flut zu beheben und das Leid der Betroffenen zu lindern. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in dieser schweren Krise ist enorm.

Die Landesregierung hat zugesagt, den betroffenen Menschen und Unternehmen schnell und unbürokratisch finanziell unter die Arme zu greifen. Gleichzeitig ist absehbar, dass diese unmittelbare Soforthilfe nur ein erster Schritt sein kann. Die FDP-Fraktion wird alle Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Flutkatastrophe unterstützen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass sie größtmögliche politische Rückendeckung in dieser schwierigen Zeit haben.

Wichtig ist, dass der zwingend notwendige Wiederaufbau von Brücken, Straßen und bedeutsamer Infrastruktur schnell umgesetzt wird. Hier ist insbesondere der Bund gefragt, baurechtliche Hürden aus dem Weg zu räumen. Der Aufbau belastbarer Verkehrswege darf nicht durch Zettelwirtschaft und zähe Amtsbürokratie verzögert werden."